

Wo wird gespart? Das ist die zentrale Frage bei der für den Nahverkehr von Nordvorpommern, Stralsund und Rügen geplanten Tochterfirma.

Grimmen (OZ) - Die Debatte blieb verhalten. Bei der Abstimmung im Grimmener Kulturhaus Treffpunkt votierte der Kreistag bei nur zwei Enthaltungen am Montag mit überwältigender Mehrheit für den Vorschlag, mit einem „vertiefenden Gutachten“ die Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe von Nordvorpommern, Stralsund und Rügen weiter voranzutreiben.

Dabei ist das Thema brisant: Es geht ums Sparen, und das soll nun mit Bildung einer gemeinsamen Tochterfirma der drei Unternehmen in die Tat umgesetzt werden. Für Landrat Ralf Drescher ist klar, dass dringend etwas geschehen muss. Immer weniger Fahrgäste und Schüler würden den Bus benutzen, Zuweisungen des Landes für den Nahverkehr sinken, der Wettbewerbsdruck in der Branche nehme zu.

Ob Materialbeschaffung, Organisation oder Personal — mit Hilfe der Tochterfirma könnten Aufgaben gebündelt und entsprechende Effekte erzielt werden. Wie das genau geschehen soll, ist jedoch noch völlig offen. Genau diese Fragen soll das besagte Gutachten klären, das die drei Verkehrsbetriebe aber erst mal in Auftrag geben müssen. Politisch gibt es jetzt volle Rückendeckung, der Kreistag von Rügen und die Stralsunder Bürgerschaft hatten bereits zuvor grünes Licht gegeben.

Personalabbau werde es zwar geben müssen, räumte Landrat Drescher ein, jedoch solle dies sozialverträglich geschehen — „nach jetzigem Stand ohne betriebsbedingte Kündigungen“. Und: „Ein Sparen durch Lohnkürzung steht nicht zur Diskussion.“ Gewerkschaftssekretärin Simone Wolf (ver.di) will dem Frieden nicht so recht trauen. Die vorgeschlagene Tochter könnte am Ende vieles bedeuten — von simplen Einspareffekten bei Bestellung von Material bis zur kompletten Ausgliederung aller Mitarbeiter. Derzeit tippen die Arbeitnehmervertreter aber eher darauf, dass sich die Bereiche Einsatzleitung, Verwaltung und Buchhaltung unter dem Dach einer neuen Firma wiederfinden könnten. Derzeit würden insgesamt etwa 40 Kollegen der drei Unternehmen in diesen Bereichen arbeiten. Zum Vergleich: Derzeit sind mehr als 200 Busfahrer in der Region auf Achse.

Auch wenn man der Arbeitgeberseite den besten Willen unterstelle — schwierig werde eine solche Zusammenführung auf alle Fälle, sagt Simone Wolf. Schließlich gelten in den Betrieben drei unterschiedliche Tarifverträge mit im Einzelnen höchst unterschiedlichen Konditionen. Während Rügen dem für kommunale Betriebe geltenden Flächentarif unterliegt, greifen in Nordvorpommern und Stralsund Haustarifverträge. Die Arbeitnehmervertreter sind selbst bereits enger zusammengedrückt. Im Herbst bildeten die Betriebsräte und ver.di eine gemeinsame Arbeitsgruppe, um die Arbeitnehmerinteressen bei dem Prozess wirksamer vertreten zu können.

Der Kreistagsbeschluss hält freilich noch eine weitere Variante offen — eine Fusion der Verkehrsbetriebe. Damit folge man einer Empfehlung des ersten zum Thema Nahverkehr in Auftrag gegebenen Gutachtens, erklärt Renate Jährling, Sprecherin des Landratsamtes. Die Beratungsgesellschaften KPMG und SNPC hatten dies für den Fall der Bildung eines Großkreises vorgeschlagen, während bei Beibehaltung der jetzigen Gebietsstruktur die Tochterfirma erste Wahl wäre. Als weitere Varianten waren eine gemeinsame Dachgesellschaft (Holding) sowie eine verbindliche Kooperation der Verkehrsbetriebe geprüft worden.

Offen blieb Montag die Frage, wie teuer das neue Gutachten wird. Landrat Drescher verriet nur, dass Nordvorpommern, Stralsund und Rügen jeweils ein Drittel der Kosten übernehmen. Die im Kreishaushalt eingestellte Summe von 10 000 Euro ist wiederum nur der kleinere Teil für Nordvorpommern. Den größeren Brocken werde die KVG Ribnitz-Damgarten übernehmen, so Renate Jährling.

Deutlich zuknöpfter gibt sich hier übrigens die Hansestadt Stralsund. In der Bürgerschaft wurde das Thema im Gegensatz zu Rügen und Nordvorpommern nichtöffentlich behandelt. Begründung von Stadt-Sprecher Peter Koslik: Angelegenheiten einer städtischen Gesellschaft seien berührt. Daher sagt Koslik dazu auch nur so viel: „Die Grundintention des Stralsunder Beschlusses ist identisch mit den Beschlüssen der Landkreise.“

CHRISTOPH HOHLFELD

Quelle: http://www.ostsee-zeitung.de/vorpommern/index_artikel_komplett.phtml?SID=bf2c79770297a599382c53377c94df63¶m=news&id=2707892